Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/298

19. 05. 87

Sachgebiet 7

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Lage der deutschen Schiffbauindustrie

Die Lage der deutschen Schiffbauindustrie wird nach wie vor durch die Entwicklung auf dem Weltschiffbaumarkt geprägt. Überkapazitäten bei der Schiffstonnage bestehen weiterhin und die Frachtraten sind weitgehend verfallen. Die Überkapazitäten im Weltschiffbau führen zu einem Absinken der Preise auf ein meist nicht kostendeckendes Niveau. Durch hohe staatliche Subventionen kommt es darüber hinaus zu Wettbewerbsverzerrungen. Angesichts des weiteren Auftragsrückgangs der deutschen Schiffbauindustrie im Jahre 1987 hat sich die Lage der deutschen Werften weiter verschlechtert.

Der Bundestag wolle beschließen:

Vor diesem Hintergrund begrüßt der Deutsche Bundestag die Absicht der Bundesregierung, den Schiffbauzuschuß von 12,5 % auf bis zu 20 % zu erhöhen und ihn auf Exportaufträge auszudehnen, um ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile ausländischer Konkurrenten auszugleichen.

Er erwartet, daß die Bundesregierung die Änderung des Instrumentariums zeitlich so gestaltet, daß die deutschen Werften umgehend Aufträge für 1987 hereinholen können.

Diese Erhöhung ist aus den bereits in den Bundeshaushalt eingestellten Mitteln zu finanzieren.

Auf jeden Fall ist zu gewährleisten, daß das Subventionsniveau entsprechend der Zielsetzung der 6. EG-Richtlinie für Schiffbauhilfen, die zum 1. Januar 1987 in Kraft getreten ist, nicht erhöht wird. Mit Hilfe der Erhöhung der Zuschüsse und der Förderung des Exports können die Wettbewerbsnachteile der deutschen Schiffbauindustrie gegenüber den Konkurrenten in der EG verringert werden. Durch die geplante Veränderung des Instrumentariums wird eine flexiblere und effizientere Förderung auf dem inländischen Markt und im Schiffsexport ermöglicht. Die Verbesserung der Fördermaßnahmen erfolgt ohne eine Erhöhung des Subventionsumfangs. Die Bundesregierung hält damit an ihrer ordnungspolitischen Grundlinie fest.

Die bisherigen Maßnahmen zur Strukturverbesserung wie die Finanzhilfen an die Küstenländer zur Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen und die Bereitstellung von Sondermitteln für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" sind hiervon nicht betroffen und werden in ihrem bisherigen Umfang fortgeführt.

Bonn, den 19. Mai 1987

Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion
Mischnick und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333